

Protokoll der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V. auf dem XXXII. Deutschen Kunsthistorikertag

Freitag, 22.03.2013, 16.30–19.00 Uhr,
Hörsaal des Alfred Krupp Wissen-
schaftskollegs, Greifswald

Anwesend: Prof. Georg Satzinger (Erster Vorsitzender), Prof. Hubert Locher (Zweiter Vorsitzender), HD Katharina Corsepius (Geschäftsführerin), Matthias Exner, Prof. G. Ulrich Großmann, Barbara Polaczek und Prof. Barbara Welzel für den Vorstand und 96 weitere Mitglieder des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung; 2. Bericht des Vorsitzenden; 3. Bericht der Geschäftsführerin; 4. Bericht der Rechnungsprüfer; 5. Entlastung des Vorstandes; 6. Mitgliedsbeiträge; 7. Resolution Greifswalder Appell; 8. Resolution Frankfurter Romantikmuseum; 9. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer; 10. Kunsthistorikertag 2015; 11. Verschiedenes

TOP 1: BEGRÜSSUNG, GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG

Der Erste Vorsitzende Georg Satzinger eröffnet die Mitgliederversammlung und begrüßt die Anwesenden. Die Versammelten erheben sich zum Gedenken an die seit der letzten Sitzung verstorbenen Kolleginnen und Kollegen: Prof. Dr. Rüdiger Becksmann, Dr. Josef Engl, Prof. Dr. Peter Findeisen, Prof. Dr. Erik Forssman, Andrea Gretz, Prof. Dr. Werner Hofmann, Dr. Eduard Ispording, Prof. Dr. Dr.-Ing. E.h. Gottfried Kiesow, Dr. Annemarie Kuhn-Wengenmayr, Dr. Minni Mae-

debach-Gebhardt, Dr. Gisela Mühlens-Matthes, Dipl. phil. Birgit Neumann-Dietzsch, Dr. Rita Otto, Prof. Dr. Wolfram Prinz, Prof. Dr. Ursula Schlegel, Prof. Dr. habil. Dr. h.c. Ernst Schubert, Dr. Christina Thon. Herr Satzinger merkt nach der Verlesung und dem Gedenken an, dass zu den Verstorbenen auch drei Ehrenmitglieder des Verbandes zählen. Eine Aufgabe des kommenden Vorstandes sei daher in näherer Zukunft auch, geeignete Persönlichkeiten für eine Wahl zu Ehrenmitgliedern zu nominieren.

Es wird festgestellt, dass die Versammlung mit dem Schreiben vom 14.12.2012 an alle Mitglieder satzungsgemäß (§ 9) einberufen wurde und somit beschlussfähig ist. Die gegenüber der Einladung um zwei Punkte (Resolutionen) ergänzte Tagesordnung wird angenommen.

TOP 2: BERICHT DES ERSTEN VORSITZENDEN

Herr Satzinger wiederholt zu Beginn seines Berichtes unter Beifall der Anwesenden nochmals seinen bereits bei der Eröffnung geäußerten Dank an die Organisatoren des Greifswalder Kunsthistorikertages für den großartigen und herzlichen Empfang in Greifswald. Ebenso dankt er den Sponsoren des XXXII. Deutschen Kunsthistorikertages (Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Deutsche Bank Stiftung und Deutsche Forschungsgemeinschaft) und Kilian Heck für die Einwerbung von € 50.000 an Drittmitteln jenseits der Förderung durch die DFG. Dies hilft sehr, weil dadurch finanzielle Reserven nicht angegriffen werden müssen. Für den vergangenen Kongress in Würzburg 2011 konnten zwar weniger Drittmittel eingeworben werden, was aber durch größere Besucherzahlen und mehr Aussteller an dem zentraler gelegenen Austragungsort kompensiert werden konnte.

Im Rückblick auf den Würzburger Kongress sind zwei Sektionen publiziert worden: „Stadtbaukunst. Zerstörung und Wiederaufbau“ unter der Leitung von Hans-Rudolf Meier sowie „Kunstgeschichte und Bildung“ unter der Leitung von Barbara Welzel. Letztere, unterstützt mit einem Druckkostenzuschuss des Verbandes, ist das erste Ergebnis und zugleich Startsignal für das bildungspolitisch wichtige Anliegen, die Kunstgeschichte in der Schule zum Thema zu machen. Um die gesellschaftliche Relevanz unseres Faches nachzuweisen, muss man einerseits bereits beim Nachwuchs ansetzen. Andererseits sollte auch ein Ziel sein, in Zukunft von politischen Entscheidungsträgern als anzusprechender Adressat wahrgenommen und gehört zu werden. Dazu wird es notwendig sein, für das Fach in etwa zwei Jahren Bildungsstandards in Form von Handreichungen zu erstellen, die eine Gruppe von Fachvertretern in Klausurtreffen erarbeiten soll. Für die notwendigen Treffen wurde vom Vorstand eine Anschubfinanzierung beschlossen; später sollen Drittmittel akquiriert werden.

Herr Satzinger legt dar, dass mit der wachsenden politischen Sichtbarkeit des Verbandes im Fach und nach außen sich zugleich auch die Erwartungen an ihn erhöhen. Zugleich dürfe sich der Verband zur Erhaltung einer Wirksamkeit gleichwohl nicht inflationär äußern. Im Fall der Veräußerung der Gymnasialbibliothek Stralsund habe man beispielsweise keine eigene Stellungnahme verfasst, da hier primär Vertreter anderer Fachbereiche gefordert waren. Zur Bewältigung der zunehmenden Aufgaben des Verbandes sind größere finanzielle Mittel notwendig, was auch beim späteren Tagesordnungspunkt „Mitgliedsbeiträge“ noch thematisiert werden wird. Gleichwohl ist die Situation gut und stabil, seit dem Würzburger Kongress ist die Zahl der Mitglieder um mehr als 260 gewachsen und beträgt nun rund 2900. Die Zahl der Verbandsmitglieder tendiert zu 3000, was ebenfalls als Indikator für wachsende Erwartungen z.B. seitens der freiberuflich tätigen Mitglieder und des Nachwuchses gewertet werden kann.

Der Vorstand hat in den vergangenen beiden Jahren zu diversen Themen Stellung genommen,

Herr Satzinger hebt dabei die Aktivität des Verbandes im Zusammenhang mit der Berliner Gemäldegalerie als Beispiel hervor. Aufgrund der leichtfertigen Idee, die beiden bedeutenden Sammlungen auf unabsehbare Zeit zusammenzulegen und dabei einen Großteil so lange zu magaziniieren, bis ein möglicher Neubau fertiggestellt ist, verfasste man einen Offenen Brief an Staatsminister Bernd Neumann und konnte ihm bereits nach wenigen Wochen eine Liste mit Unterschriften von nahezu 8000 Bürgerinnen und Bürgern zustellen, welche sich den gravierenden Bedenken angeschlossen hatten. Parallel dazu richtete sich eine weitere Initiative des Kollegen Hamburger an den Stiftungspräsidenten als Adressaten. Die Liste des Verbandes war bewusst öffentlich einsehbar und mit Namensnennungen; ihr schlossen sich etwa neben ehemaligen Kuratoren der Berliner Sammlungen auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland an. Herr Satzinger dankt in diesem Zusammenhang Marcello Gaeta für die sehr kurzfristige Programmierung der Liste auf der Homepage. Als erstes Zwischenergebnis der Initiativen ist seitens der Museen signalisiert worden, dass es keine Provisorien und Einschränkungen geben soll, bis ein Ersatzbau steht. Durch die beiden Initiativen ist aber auch der Politik klar vermittelt worden, dass es ein neues Museum geben müsse. Als zwei mögliche Lösungen sieht Kollege Parzinger entweder einen Neubau am Kupfergraben für die Alten Meister oder einen Neubau für die Bestände der Nationalgalerie am Kemperplatz. Ergebnisse und Empfehlungen für die Politik sollen im Mai 2013 nach Abschluss der laufenden Machbarkeitsstudie vorliegen. Ende Februar 2013 hatte Kollege Eissenhauer zudem zu einem Kolloquium im Bode-Museum eingeladen. Hier hat der Erste Vorsitzende nochmals die Forderung zum Ausdruck gebracht, dass man mit der Gemäldegalerie erst umziehen solle, wenn ein entsprechender Neubau stünde. Er ist sich der Tatsache bewusst, dass sich unter den heute Anwesenden auch Mitglieder befinden, die in diesem Punkt anders denken. Gleichwohl habe der Vorstand dieses Anliegen mit einer größtmöglichen Transparenz in der Öffentlichkeit vertreten und zugleich zu einer

exemplarischen öffentlichen politischen Wahrnehmung des Verbandes beigetragen.

Im Rückblick auf die vergangenen acht Jahre zeigt der Anstieg der Mitgliederzahlen um 61 % von etwa 1800 auf 2900 Mitglieder, dass sich viele im Fach durch den Verband vertreten fühlen. Zunächst standen in diesen Jahren die Konsolidierung der Finanzen und der Ausbau der Organisationsstruktur hin zu einer Arbeitsplattform im Vordergrund. Statt eines Schreibtisches ist die Geschäftsstelle nun eine standortfixe Einrichtung in einem Haus gemeinsam mit anderen Kulturverbänden und kann unabhängig von wechselnden Vorständen operieren. Herr Satzinger dankt Frau Corsepius und Herrn Gaeta für die sehr konstruktive Zusammenarbeit in Bonn. Ergänzt wird dieses Gefüge durch die neu etablierte und beständig durch die Geschäftsstelle gepflegte Homepage, welche zu einer deutlichen Sichtbarkeit des Verbandes und seiner Anliegen beiträgt. Auch für den Kunsthistorkertag wurden Organisationsstrukturen erarbeitet, die sich übertragen lassen. Herr Satzinger lobt die integrative Auffassung im Vorstand, die stets um die Vielfalt des Faches bemüht war. Diese ließ sich nicht in einem einzigen Kunsthistorkertag, aber stets über mehrere hinweg abbilden. Der Erste Vorsitzende regt für das kommende Organisationskomitee an, dass man eventuell ein Drittel der Sektionen frei ausschreiben könne.

Weiterhin kündigt er an, dass sowohl er selbst als auch der Zweite Vorsitzende Hubert Locher nach zwei Amtszeiten nicht nochmals kandidieren werden. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden sich zur Wiederwahl stellen. Als neue Kandidaten werden sich Kilian Heck und Iris Wenderholm vorstellen, Ergänzungen sind beim Tagesordnungspunkt Wahlen selbstverständlich möglich. Herr Satzinger dankt dem bis zu diesem Tage amtierenden und auch dem zuvor in Bonn gewählten Vorstand und würdigt zudem das besondere Engagement von G. Ulrich Großmann im Zusammenhang mit der Austragung des Internationalen Kunsthistorkertages in Nürnberg mit seiner positiven Wirkung für die deutsche Kunstgeschichte und gratuliert ihm nochmals zu seiner Wahl zum Präsidenten des Comité International d'Histoire de l'Art (CIHA).

Frau Birgitt Borkopp-Restle ergreift am Ende des Berichtes des Vorsitzenden das Wort und dankt ihm und Herrn Locher unter großem Beifall der Anwesenden im Namen der Mitglieder sehr herzlich für ihr Engagement, die sehr sachkundig und politisch angemessen geführten Diskussionen sowie die von ihnen ausgehende positive Entwicklung des Verbandes der vergangenen Jahre.

Bei den Nachfragen zum Bericht des Vorsitzenden äußert sich Kollege Bredekamp zur Diskussion um die Berliner Gemäldegalerie. Er habe den offenen Brief nicht unterzeichnet und störe sich insbesondere an der Bezeichnung der Pläne der Berliner Museumskollegen als „verantwortungslos“. Herr Bredekamp erinnert daran, dass sich die Mitgliederversammlung 1992 nach heftiger Debatte fast einstimmig dafür ausgesprochen habe, die Gemäldegalerie in die Nähe der Sammlungen der Museumsinsel anzusiedeln und dass die Berliner Museen somit jetzt die seinerzeitige Resolution vollzögen. Er gratuliert dem Vorstand zu dem gelungenen Kongress und zur Amtsführung, fühlt sich aber in diesem Punkt nicht vertreten. Herr Satzinger antwortet, dass es selbstverständlich vollkommen legitim sei, eine andere Meinung als der Vorstand zu vertreten. Herr Locher merkt an, dass man zwar über einzelne Argumente streiten könne, der Verband letztlich in der Debatte gleichwohl wahrgenommen werde und politisch Einfluss nehmen könne, was heutzutage nicht selbstverständlich sei. In der vergangenen Amtszeit war es dem Vorstand stets wichtig, trotz zunehmender Differenzierungen und verschiedener Stimmen ein Verband für alle Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker zu sein und politisch aktiv für bestimmte Anliegen einzutreten. Der zukünftige Vorstand kann daran anknüpfen, und Herr Locher wünscht sich, dass die politische Arbeit weitergeht.

TOP 3: BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRERIN

Frau Corsepius stellt die Einnahmen-Überschuss-Rechnung für das Jahr 2011 vor und erläutert einzelne Posten. Der Posten „Mitgliederwerbung“ enthält geleistete Zuschüsse für die Kunsthistorischen Studierendenkongresse sowie den im Rah-

men des Würzburger Kunsthistorikertages erstmals vergebenen Exkursionspreis. Die bereits im Jahr 2011 angefallenen Reisekosten im Vorfeld der Greifswalder Tagung sind unter „Kongress 2013“ erfasst. Die „Reisekosten (ohne Kongress)“ beinhalten getätigte Dienstreisen im Rahmen der Mitarbeit des Vorstandes in den verschiedenen Gremien, etwa des Deutschen Kunstrates oder der Vertretung im Rahmen des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz. Bei den Personalkosten wird ein Teil der Ausgaben der Geschäftsstelle der satzungsbedingten Aufgabe der Kongressvorbereitung und -durchführung zugerechnet; das entspricht der bei der Einwerbung von Drittmitteln notwendigen Eigenbeteiligung. In der Vermögensübersicht zum 31.12.2011 wird deutlich, dass der Posten der unter „Wertberichtigung“ auf der Seite der Aktiva aufgeführten nicht einholbaren Beiträge gegenüber der Vergangenheit weiter gesenkt werden konnte. Die Rücklagen auf dem Festgeldkonto führen aufgrund der momentanen Lage des Finanzmarktes leider bei rund 1 % Verzinsung zu keiner ansehnlichen Ausschüttung. Insgesamt weist die Bilanz 2011 einen Zuwachs von ca. € 8.000,- aus. Dass der ausgabenintensive Würzburger Kongress trotz geringer Zuschüsse dennoch nicht zu einem übermäßigen Ausgabenüberhang geführt hat, ist letztlich den Einnahmen von rund € 22.000,- aus Standgebühren und Werbung durch Aussteller zu verdanken, für die es beim Würzburger Kongress nahezu ideale Bedingungen gab. Die Plausibilitätsbeurteilung durch den Steuerberater ergab keinen Anlass zu Beanstandungen. Er weist darauf hin, dass einerseits aus der regulären Verbandstätigkeit ohne den Kongress ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben zu verzeichnen ist, der im Wesentlichen aus dem Anstieg der Mitgliedsbeiträge resultiert, und andererseits die Personalkosten insbesondere im Umfeld des Kongresses gestiegen sind.

In der Einnahmen-Überschuss-Rechnung für das Jahr 2012, die einen Ausgabenüberschuss von rund € 4.000,- aufweist, fallen neben den Reisekosten zur Vorbereitung des Greifswalder Kongresses insbesondere die Ausgaben von etwa € 11.000,- für den Druck und den Versand der Mit-

gliederverzeichnisse ins Gewicht. Das ausgewiesene, geringfügig gesunkene Eigenkapital in Höhe von € 104.400,- erscheint dem Steuerprüfer ausreichend, um bei in der Regel ausgeglichenen Jahresergebnissen die Ausgaben der Folgejahre einschließlich der Kosten des gegenwärtig stattfindenden XXXII. Deutschen Kunsthistorikertages in Greifswald zu finanzieren.

Im Rahmen der Nachfragen zu den Geschäftszahlen macht Frau Ulli Seegers den Vorschlag einer Umfrage, ob man angesichts der hohen Kosten künftig auf das gedruckte Mitgliederverzeichnis verzichten könne. Der Vorstand berichtet von der bereits in der Vergangenheit geführten Diskussion, bei welcher der Wunsch, die gedruckte Fassung zu erhalten, stets viele Befürworter hatte. Insbesondere von den älteren Mitgliedern ist dies geäußert worden. Längere Abstände für den Druck einer Neufassung bieten sich nicht an, da darunter die Aktualität der Daten leiden würde. Man einigt sich darauf, dass der neue Vorstand Lösungen zur Kostenreduzierung finden soll.

Die Geschäftsführerin führt ihren Bericht mit einem Überblick der Tätigkeiten des Vorstandes in den verschiedenen Gremien fort. Die aktive Arbeit im Deutschen Kunstrat und den verschiedenen Fachausschüssen des Deutschen Kulturrates (Urheberrecht, Bildung sowie Arbeit und Soziales) hat in den vergangenen Jahren neue Wege für den Verband eröffnet und zum regelmäßigen Austausch mit anderen Verbänden geführt, so dass auch die Belange unseres Faches Gehör finden. Im Ausschuss Arbeit und Soziales wurde beispielsweise intensiv über die geplante Zuschussrente für Geringverdiener debattiert und eine Stellungnahme hinsichtlich der zahlreich enthaltenen Lücken in der Gesetzesvorlage erarbeitet, damit es tatsächlich zur Verbesserung der prekären Altersabsicherung von Kulturschaffenden kommen kann. Im Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz hat der entsandte Vertreter des Verbandes, Herr Exner, intensiv an den Empfehlungen zur Steuerbegünstigung für Instandsetzungsmaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden und dem Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mitgewirkt.

Die umlagefinanzierte Rechtsberatung, welche Mitglieder anonym in Anspruch nehmen können, erfreut sich weiterhin steter Nachfrage, wobei die Rückmeldungen, die die Geschäftsstelle erreichen, durchweg positiv sind. Frau Corsepilus hält es für überlegenswert, künftig ein ähnliches Beratungsangebot für die freiberuflichen Mitglieder zu etablieren, in dem Hilfestellungen zur Existenzgründung und zur Künstlersozialkasse geleistet werden können.

Die Geschäftsführerin übergibt das Wort an das Vorstandsmitglied Frau Barbara Polaczek, die als Repräsentantin der Berufsgruppe der freien Berufe den Tätigkeitsbericht ergänzt. Frau Polaczek berichtet, dass insbesondere die Arbeit im Deutschen Kunstrat sowie im Fachausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Kulturrates für die stetig ansteigende Zahl der freiberuflich tätigen Kolleginnen und Kollegen von besonderer Bedeutung ist. Diese führte zu wichtigen Ergebnissen, die über den Kulturrat der Politik wie auch der Allgemeinheit kommuniziert wurden. Weiterhin virulent sind aber die Problemfelder Scheinselbstständigkeit, die schlechte, geradezu unsittliche Honorierung sowie die empfundene Abwertung der Arbeit und der Person der Freiberufler. Um besser dagegen anzugehen und um differenzierte Aussagen im Sinne aller Mitglieder machen zu können, ist es ihres Erachtens wichtig und in absehbarer Zeit dringend nötig, belastbare Zahlen zu erheben, die nur eine wie in anderen Berufsverbänden übliche professionelle, verbandsweite Mitgliederbefragung liefern kann.

Frau Polaczek plädiert wie die Geschäftsführerin für ein ergänzendes Beratungsangebot für den mittlerweile sehr komplexen freiberuflichen Bereich, da Fragen zu Versicherungen, Altersvorsorge oder Künstlersozialkasse für Nichtfachleute nicht mehr allein zu bewältigen sind. Da einerseits sich in manchen von ihr begutachteten Gründungsanträgen fehlendes Wissen auf diesem Gebiet offenbart und andererseits die Universitäten nicht auf die sich wandelnden Arbeitsrealitäten in unserem Fach vorbereiten können, wird in Erwägung gezogen, künftig Veranstaltungen als Vorbereitung auf die Freiberuflichkeit anzubieten. Bei

eingehenden Stellenangeboten auf der Homepage sollen, sofern eine Klärung nicht möglich ist, scheinselbstständige Angebote ggf. auch der Deutschen Rentenversicherung gemeldet werden. Abschließend bittet Frau Polaczek die Anwesenden, gegenüber Kolleginnen und Kollegen sowie institutionellen Trägern auf die Honorarempfehlungen des Verbandes hinzuweisen, die auf den Verwaltungsgrundsätzen der Rechtmäßigkeit sowie der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gründen.

TOP 4: BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Da sowohl Herr Holger Simon als auch Herr Ulrich Rehm entschuldigt auf der Mitgliederversammlung fehlen, verliert Frau Katja Kwastek stellvertretend eine Erklärung der beiden Rechnungsprüfer. Sie haben die Buchhaltung der Jahre 2011/2012 in Augenschein genommen und eine stichprobenhafte Prüfung der Belege durchgeführt. Wie bereits in den Vorjahren haben sie den Eindruck von einem höchst gewissenhaften und verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Mitteln des Verbandes erhalten. Die Finanzen seien in der bewährten Weise nachvollziehbar und transparent geführt. Der kostenbewusste Umgang mit den Ausgaben und das Engagement für die Erhöhung der Einnahmen durch Steigerung der Mitgliederzahlen etc. zeigen ihre positiven Auswirkungen. Der Leiter der Geschäftsstelle, Herr Gaeta, habe alle Nachfragen bereitwillig, kompetent und nachvollziehbar beantwortet. Die Kassenprüfer können somit ohne jegliche Bedenken die Korrektheit der Geschäftsvorgänge bestätigen.

TOP 5: ENTLASTUNG DES VORSTANDES

Frau Birgitt Borkopp-Restle beantragt die Entlastung des Vorstandes. Ihr wird ohne Gegenstimme bei Enthaltung des Vorstandes und des Leiters der Geschäftsstelle zugestimmt.

TOP 6: MITGLIEDSBEITRÄGE

Herr Satzinger macht darauf aufmerksam, dass trotz eines ständigen Anstieges von Kosten, etwa beim Porto, bei den Verwaltungskosten oder den Personalaufwendungen, die letzte Erhöhung der Mitgliedsbeiträge 22 Jahre zurückliegt; lediglich bei der

Einführung des Euro gab es eine minimale Anpassung. Die Jahresbeiträge von € 40,- bzw. reduziert € 25,- sind im Vergleich zu Beiträgen in anderen Berufsverbänden überaus niedrig. Der Vorstand hat über zwei Modelle für eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ab 2014 beraten: in der ersten Variante würde der volle Beitrag von € 40,- auf € 50,- sowie der reduzierte von € 25,- auf € 27,50 steigen. In der zweiten Variante würde der volle Beitrag von € 40,- auf € 50,- steigen, der reduzierte von € 25,- bliebe aber unverändert. Der Vorstand empfiehlt die zweite Variante und stellt diese zur Abstimmung. Bei einer Gegenstimme und sieben Enthaltungen wird die Erhöhung des vollen Mitgliedsbeitrages auf € 50,- zum 01.01.2014 bei Beibehaltung der Höhe des reduzierten Beitrages beschlossen.

TOP 7: RESOLUTION GREIFSWALDER APPELL

Herr Heck stellt den als Tischvorlage vorliegenden Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalerwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen vor. Man wendet sich darin nicht gegen die Energiewende, plädiert aber für das Freihalten wertvoller historischer Kulturlandschaften, die Einhaltung von Mindestabständen zwischen Windkraftanlagen und den Denkmalen sowie die Einbeziehung der Denkmalpflege im Vorfeld der Planungsverfahren. In der anschließenden Diskussion wird eine Klärung und Optimierung einiger verwendeter Begriffe und Passagen gewünscht. Herr Satzinger schlägt vor, die Resolution unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Bearbeitung durch Herrn Heck, Frau Dolff-Bonekämper, Herrn Exner sowie Herrn Gunzelmann zur Abstimmung zu stellen. Die Resolution wird unter diesem Redaktionsvorbehalt mit einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen verabschiedet.

TOP 8: RESOLUTION FRANKFURTER ROMANTIKMUSEUM

Herr Satzinger stellt die Sachlage zu der auf Initiative von Kollegen Herding in die Mitgliederversammlung eingebrachten Resolution kurz dar: durch den Abriss eines an das Goethe-Haus an-

grenzenden Gebäudekomplexes hat sich die einmalige Gelegenheit ergeben, das Frankfurter Goethe-Haus um ein Deutsches Romantikmuseum zu erweitern. Da die Stadt Frankfurt ihre Mittelzusage zurückgezogen hat, sind bereits erfolgte weitere Beteiligungszusagen des Bundes und des Landes Hessen und damit das gesamte Projekt gefährdet. Die Resolution zur Unterstützung des Projektes wird von der Mitgliederversammlung ohne Gegenstimme bei zehn Enthaltungen verabschiedet.

TOP 9: WAHLEN

Die Versammlung ernennt Frau Gabi Dolff-Bonekämper zur Wahlleiterin. Als Wahlhelfer werden durch Akklamation Frau Annette Tietenberg und Frau Birgitt Borkopp-Restle bestätigt.

Die Mitgliederversammlung wählt geheim und schriftlich den Ersten und den Zweiten Vorsitzenden jeweils in einem separaten Wahlgang. Danach findet die Wahl der Geschäftsführung statt, wobei der neu gewählte Erste Vorsitzende einen Wahlvorschlag einbringen kann. Im Anschluss findet die Wahl der vier Vorstandsmitglieder zur Vertretung der verschiedenen Berufsgruppen auf einem gemeinsamen Stimmzettel statt. Schriftliche Vorschläge wurden zur Versammlung vorab keine eingereicht.

Herr Satzinger und Herr Locher stehen für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung. Als Kandidat für den Ersten Vorsitz wird Herr Kilian Heck und für den Zweiten Vorsitz Frau Iris Wenderholm vorgeschlagen. Beide nehmen die Kandidatur an. Als Erster Vorsitzender wird mit 90 Stimmen Herr Heck gewählt (9 Enthaltungen, 4 ungültige Stimmen). Zur Zweiten Vorsitzenden wird mit 72 Stimmen Frau Wenderholm gewählt (4 Gegenstimmen, 18 Enthaltungen, 9 ungültige Stimmen). Beide nehmen die Wahl an.

Der neue Erste Vorsitzende Herr Heck schlägt die noch amtierende Geschäftsführerin Frau Katharina Corsepius erneut für das Amt vor. Sie wird mit 101 Stimmen gewählt (2 ungültige Stimmen) und nimmt die Wahl an.

Die vier weiteren Vorstandsmitglieder werden entsprechend der Satzung nach Berufszweigen ge-

wählt. Alle bisherigen Amtsträger stellen sich erneut zur Wahl. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Als Vertreterin der Hochschulen und Forschungsinstitute wird Frau Barbara Welzel mit 99 Stimmen gewählt (1 Gegenstimme, 3 Enthaltungen). Für die Vertretung der Museen wird Herr G. Ulrich Großmann mit 86 Stimmen und 17 Enthaltungen gewählt. Als Vertretung der Berufsgruppe Denkmalpflege wird Herr Matthias Exner gewählt. Herr Exner erhält 97 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Für die Vertretung der freien Berufe wird Frau Barbara Polaczek mit 98 Stimmen gewählt (5 Enthaltungen). Alle Berufsgruppenvertreter nehmen ihre Wahl an.

Herr Ulrich Rehm und Herr Holger Simon haben sich vorab schriftlich dazu bereit erklärt, auch in Abwesenheit für eine weitere Amtsperiode als Kassensprüfer zur Verfügung zu stehen, sofern sich keine anderen Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen sollten. Für die Wahl gehen keine weiteren Vorschläge ein, und die beiden bisherigen Kassensprüfer werden per Akklamation erneut gewählt.

TOP 10: KUNSTHISTORIKERTAG 2015

Für die Austragung des Kunsthistorikertages 2015 ist dem amtierenden Vorstand vor der Mitgliederversammlung eine schriftliche Einladung des Instituts für Kunstgeschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zugegangen. Frau Elisabeth Oy-Marra und Herr Gregor Wedekind berichten, dass im Mainzer Institut nicht nur wegen des anstehenden Umzuges auf den Campus viel Neues passiere. Der Kunsthistorikertag könne als Signal für diesen Neuanfang stehen. Die politische Situation sei positiv und es gebe interessante institutionelle Konstellationen, insbesondere auch im Bereich der Museumslandschaft und der zeitgenössischen Kunst im Allgemeinen. Die Mitgliederversammlung wählt ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen Mainz zum Austragungsort des nächsten Kunsthistorikertages.

TOP 11: VERSCHIEDENES

Frau Beate Söntgen bedankt sich ausdrücklich für das Angebot der Kinderbetreuung während des Kunsthistorikertages und wünscht sich wie andere

auch, dass dies bei den zukünftigen Kongressen ebenfalls angeboten wird.

An den Vorstand wird die Nachfrage gerichtet, ob es, wie in der Vergangenheit angekündigt, Verhandlungen über die Anerkennung kunsthistorischer Tätigkeiten bei den Kriterien zur Aufnahme in die Künstlersozialkasse geben wird. Frau Polaczek antwortet, dass es angesichts der aktuellen Gesetzeslage nichts zu verhandeln gebe. Die Aufnahme bleibe auf Künstler und Publizisten beschränkt, und eine Änderung sei nicht in Sicht. Mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Kunstrat und im zuständigen Fachausschuss will man stattdessen versuchen, die Verhandlungen über die Rente weiter voranzutreiben.

Der Erste Vorsitzende dankt allen anwesenden Mitgliedern und schließt die Mitgliederversammlung um 19.00 Uhr.

ANLAGE ZU TOP 7: RESOLUTION GREIFSWALDER APPELL

Bedrohte Kulturlandschaft – Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen

Die Landschaft in Deutschland ist in hohem Maße kulturbestimmt. In vielen Regionen hat sich die Kulturlandschaft zu einer Denkmallandschaft verdichtet, deren Erforschung, Interpretation und Schutz zu den Kernaufgaben der Kunstgeschichte gehören. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. sieht durch die 2011 beschlossene Energiewende und den damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien mit neuen Windkraft- und Photovoltaikanlagen die historischen Kulturlandschaften Deutschlands erheblich bedroht. Besonders deutlich ist der Landschaftswandel bereits jetzt in Norddeutschland zu bemerken, wo der weite, unverstellte Blick auf den Horizont zu den identitätsstiftenden Merkmalen der Landschaft zählt.

Inzwischen wurde mit dem Bau einer neuen Generation von Windkraftanlagen begonnen, deren Höhe nicht mehr wie früher um die 60 Meter, sondern bis zu 200 Metern beträgt. Sie werden damit deutlich höher als der Kölner Dom. Solche An-

lagen sind in der norddeutschen Tiefebene über viele Kilometer sichtbar. Die Anzahl der Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein betrug im vergangenen Jahr 185 Anlagen je 1000 Quadratkilometer. In vielen Landesteilen sehen wir die Grenze der Belastbarkeit der überlieferten Kulturlandschaft damit erreicht, manchmal bereits überschritten. In Mecklenburg-Vorpommern waren es im vergangenen Jahr 1419 einzelne Anlagen und damit 62 je 1000 Quadratkilometer. Mit einer weiteren massiven Verdichtung der Anlagen ist durch die beschleunigte Umsetzung der Energiewende zu rechnen.

Zehntausende Denkmale werden im gesamten Bundesgebiet durch die Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen in ihrem Wirkungsraum beeinträchtigt. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Bereits heute ist die Silhouettenwirkung der Stadt Prenzlau in der Uckermark durch die umliegenden Windkraftanlagen nachhaltig gestört. Ausgerechnet hier, wo der berühmte, weithin sichtbare Schaugiebel und die Türme der Marienkirche das Stadtbild seit Jahrhunderten prägen, werden die historisch gewachsenen Dimensionen durch Windkraftanlagen an der Stadtperipherie ignoriert. Diese Nutzbauten erreichen die Höhe der stadtbildprägenden historischen Denkmäler, ja übertreffen sie an manchen Stellen. Dass damit eine massive Beeinträchtigung von Denkmalwerten verbunden ist, steht außer Frage. Dem Schweigen sämtlicher politischer Parteien zu diesem Problem – auch solcher, denen der Landschafts- bzw. Kulturlandschaftsschutz ureigenste Sorge sein müsste – setzen wir unsere Stellungnahme entgegen.

Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. wendet sich nicht gegen die Energiewende, plädiert aber dafür, die Bedenken von Denkmalpflegern und engagierten Bürgern ernst zu nehmen, um weitere gravierende Beeinträchtigungen der historischen Kulturlandschaften zu verhindern. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. fordert daher:

- die grundsätzliche Beachtung der kulturellen Werte als identitätsstiftende Bausteine der Kulturlandschaften in Deutschland,

- das vollständige Freihalten der wertvollen historischen Kulturlandschaften von den genannten Anlagen,

- die Einhaltung von Mindestabständen zwischen den Windkraftanlagen und den Denkmalen,

- die Einbeziehung der Denkmalpflege als zuständige Fachbehörde bereits im Vorfeld aller Planungsverfahren und ihre zureichende Ausstattung mit Personal.

ANLAGE ZU TOP 8: RESOLUTION FRANKFURTER ROMANTIKMUSEUM

Unterstützung des Projektes zur Einrichtung eines Romantikmuseums in Frankfurt am Main

1. Das Projekt der Einrichtung eines Romantikmuseums in Frankfurt am Main auf einem nur jetzt zur Verfügung stehenden Grundstück neben dem Goethe-Haus unterstützt der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. mit allem Nachdruck.

2. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. fordert die Stadt Frankfurt am Main auf, eine Beschlusslage herzustellen, durch welche die Bereitschaft des Bundes und des Landes Hessen aufrecht erhalten bleibt, sich jeweils an der Finanzierung des Vorhabens zu beteiligen.

3. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. unterstützt Initiativen, die das Ziel verfolgen, die Realisierung des Projektes durch private Mittel zu fördern.

Greifswald, 23.03.2013

Protokoll: Marcello Gaeta